

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Jahrgang Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rats der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Weihen.

Postkassentel.: Dresden 1536
Stroßasse Riesa Nr. 52.

Nr. 35.

Donnerstag, 11. Februar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 5 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 50 mm breite Reflektierzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Tarife. Bemerkung: Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Abgabe eingezogen werden mag oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verbreitungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Dönges & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Das Programm des neuen Reichsfinanzministers.

Deutscher Reichstag. Steuerherabsetzungen um 570 Millionen.

10. Berlin, den 10. Februar 1926.
Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.
Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des
Reichshaushaltplans für 1926.

Reichsfinanzminister Dr. Heinhold

erhält sofort das Wort. Er stellt fest, daß der Etat kein klares Spiegelbild unserer wirklichen Lage ist, weil er zu einer Zeit aufgestellt wurde, in der die Wirtschaftskrise, die inzwischen mit voller Wucht über uns hereingebrochen ist, noch nicht in allen Ausmaßen zu übersehen war. Die dringende Aufgabe der Zeit ist es nun, an der Überwindung dieser schweren Krise zu arbeiten.
Der Minister verweist darauf, daß wir im Monat Januar den traurigen Rekord von 2002 Konturufen und 1558 Beschäftigungslosen erreichten. Das zeigt den furchtbaren Ernst der Lage, ebenso wie die erschreckend hohe Ziffer der unterkürzten Gewerbesteuer, die von rund 195.000 am 1. Juli 1925 auf rund 2 Millionen am 1. Februar 1926 geklungen ist, wozu noch 2,4 Millionen Zuschlagempänger und schlagungsweise 2,5 Millionen Kurzarbeiter kommen. (Lebh. Beif.)
Eine gewaltige Summe von Not und Elend ist in diesen Zahlen enthalten. Alle Zweige der Volkswirtschaft sind ziemlich gleichmäßig von der Not betroffen. Für die Landwirtschaft gilt das von dem Mißverhältnis der Preise ihrer Produkte zu dem Preis der allgemeinen Bedarfsartikel, für den Steinholzübergang in der Einkünfte des Abwandes der Einkünfte durch Verwendung anderer Arbeitsquellen, bei der Eisenindustrie durch den scharfen Wettbewerb, der aus dem niedrigen Stand des französischen Frankens erwächst.

Der Minister erinnert dann an die Kapitalknappheit, die zu jeder Kreditkrisis geführt habe, die allmählich in eine Vertrauenskrise ausartet ist. Die Überlastung unserer Wirtschaft mit öffentlichen Ausgaben aller Art habe zur Verschärfung der Krise nicht unwesentlich beigetragen. (Zustimmung.) Ein an den Weltmarkt angeschlossenes Volk kann Steuern und Abgaben in der Höhe, wie sie in den letzten Jahren dem deutschen Volke auferlegt wurden, auf die Dauer nicht ertragen, ohne daß die Fundamente seiner Wirtschaft erschüttert und dadurch Krisen hervorgerufen werden, wie sie jetzt unser Volk durchkämmen. (Lebh. Zustimmung.) Die Krise droht mit dem Zusammenbruch des Landes in den Abgrund zu stürzen. Sollen wir verhindern, daß die Krise sich zur Katastrophe auswächst, so müssen wir dafür sorgen, daß die gesamten öffentlichen Ausgaben so eingeschränkt werden, daß die zu ihrer Deckung notwendigen Einnahmen wirtschaftlich tragbar sind.

Die Hauptaufgabe dieses Jahres auf finanziellem Gebiet wird daher die Regelung des Verhältnisses zwischen der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und des einzelnen Steuerzahlers sein. Es muß der notwendige Ausgleich zwischen Steuerbedürfnis und Steuerkraft gefunden werden. Der jetzige Apparat der gesamten öffentlichen Betätigung ist zu groß geworden. In diesem Panzer können wir nicht schwimmen, sondern müssen untergehen, wenn wir die Last nicht erleichtern.

Der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden muß erfolgen. Eine Reform der Verwaltung ist nicht mehr zu umgehen. An einen schrittweisen Beamtenabbau wird nicht gedacht. Nicht der Abbau von Personen, sondern der von Verwaltungswirtschaft, nicht von Beamten, sondern von Beamten tut not, und zwar nicht nur im Reich, sondern auch in den Ländern und Gemeinden. Zum Zwecke der Erparnis ist es nötig, auch die volle Verantwortlichkeit der Länder und Gemeinden für die zu leistenden Ausgaben wiederherzustellen. Nur in Verbindung mit der finanziellen Selbstverantwortlichkeit wird die Selbstverwaltung wirtschaftliche Schäden verhindern können. Das Ziel muß sein: durch Reform der Verwaltung und Beschränkung der Ausgaben und Ausgaben Anpassung der gesamten öffentlichen Betätigung Deutschlands, soweit wir allein darüber zu bestimmen haben, an die Steuerkraft unseres Volkes und unserer Wirtschaft. Von der praktischen Lösung dieser Frage hängt der Wiederaufbau und unser finanzielles Schicksal ab. Die Not unserer Wirtschaft und unserer Erwerbslosen erfordert sofortige Maßnahmen. Vermehrte Steuerentlastungen und erhöhte Erwerbslosenausgaben machen sich jetzt bemerkbar.

Zur Herabdrückung des Preisniveaus sollen daher Steuererleichterungen kommen. Die wichtigste Herabsetzung soll auf dem Gebiete der Umsatzsteuer stattfinden, die am 1. April d. J. auf 15 Prozent gesenkt werden soll. Neben die Senkung der allgemeinen Umsatzsteuer soll die Befreiung der erhöhten Umsatzsteuer treten. Drittens soll eine steuerliche Erleichterung bei wirtschaftlich notwendigen Betriebszusammenschlüssen stattfinden, d. h. also die Funktionsteuer soll auf ein angemessenes Maß herabgesetzt werden. Viertens sollen die Gärten befreit werden, die durch die Häufung der Termine der Einkommen- und Vermögenssteuerzahlung im nächsten Kalenderjahr aufstehen werden. Die Erleichterungen reichen nicht aus, es soll daher eine gezielte Regelung erfolgen. Der einzelne Steuerpflichtige soll wieder auf Grund eines wirklichen, endgültigen Steuerbedürfnisses seine Steuerzahlung bezahlen. Der fünfte

Vorschlag betrifft die Vermögenssteuer. Die dringende Auseinandersetzung zweier Vermögenssteuerentwürfen für 1925 und 1926 soll befristet werden. Zu diesem Zwecke wird der Vorschlag gemacht, die Vermögenssteuer am 15. Mai in Vorschlag zu bringen. Schließlich soll noch die Vermögenssteuer gesenkt werden, da eine gut funktionierende Wirt für die Kapitalbildung von größter Bedeutung ist.

Der Minister erklärt, daß er mit diesen Steuererleichterungen bis zur äußersten Grenze gehen werde, was er als Finanzminister verantworten könne. Ein Defizit müsse unter allen Umständen vermieden werden. Es müßte aber auch mit einer überhöhten Verschwendung auf feierlichem Gebiete zunächst einmal Schluss gemacht werden. Aber bei der Erledigung des Finanzausgleichs wird an dem Fragenkomplex der Reichsteuern nicht vorübergegangen werden können. Jede Überforderung der Grenzen äußerster Sparsamkeit geht gerade auf Kosten der Realisierungsleistungen, besonders in den Gemeinden. Ohne eine Minderung der Realsteuern bleibt unser finanzielles Reformwerk wirtschaftspolitisch ein Torso.

Der Minister kündigt eine Bereinigung der Steuerentlastungen und der Steuererhebung an. Ein großer Teil des Umsatzes im Volke richtet sich nicht so sehr gegen die Belastung wie gegen die Befristung, die geschätzten Termine für den Steuerpflichtigen. (Zustimmung.) Auch die Lohnsteuer soll vereinfacht werden.

Die Steuerentlastungen werden für 1926 einen Einnahmehausfall von 50 Millionen bringen. Es muß daher eine Neugestaltung der Einnahmeseite des Haushalts erfolgen. Der Mangel an Einnahmen soll in Einnahme gestellt werden. Bei der Reichsfinanz sind einige Maßnahmen und Minderungen zu verzeichnen, so daß damit 180 Millionen gedeckt werden. Der Rest von 370 Millionen soll dadurch gedeckt werden, daß außerordentliche Ausgaben auf Anleihe genommen und vorhandene Betriebsmittel als Einnahmen eingestellt werden. Unbedingte Voraussetzung der Steuererleichterungen ist aber, daß der Haushaltsplan keine höheren Ausgaben als die vorgelegten aufweist.

Der Minister richtet an den Reichstag die dringende Bitte, die Pläne der Regierung durch neue Bewilligungen nicht zu durchbrechen. Erhöhungsbefehle eines Ausschusses sollten wie in England nur im Einvernehmen mit der Regierung gefaßt werden. Im Zusammenhang mit dieser Entlastung der Wirtschaft steht die Frage, ob nicht ein gewisser Erfolg der Einnahmeseite auf anderem Gebiete möglich ist. Der Minister verweist auf das Branntweinmonopol und kündigt ein Gesetz zur Neugestaltung des Branntweinmonopols an. Offenheit werden dann größere Erträge herauszuholen sein. Vorgelegt werden wird auch ein Kraftfahrsteuergesetz, das die Wegenunterhaltungspflichtigen in die Lage versetzt, für die Wiederherstellung und Modernisierung des deutschen Wegenetzes Sorge zu tragen.

Der Minister stellt dann fest, daß eine Gefährdung der Währung in keiner Weise zu befürchten sei. Reichsregierung und Reichsbank werden mit rücksichtsloser Energie alle Gefahren in dieser Hinsicht vermeiden. (Lebh. Beifall.)

Reichshaushaltplan für 1926.

Der in Einnahmen und Ausgaben mit rund 7,4 Milliarden das Gleichgewicht hält, im einzelnen:

Die Steigerung der Ausgaben gegenüber 1913 beträgt 2270 Millionen oder rund 85 Prozent. Dieser Mehrbedarf erklärt sich in erster Linie durch die unmittelbaren Ausgaben infolge des Krieges und der Besetzung, die allein 49 Prozent der Gesamtausgaben für sich beanspruchen. Der Minister weist die Notwendigkeit dieser Ausgaben nach, so daß man der Reichsverwaltung den Vorwurf verschwendeter Steigerung der Ausgaben nicht machen könne. Trotzdem ist unsere Lage so, daß weitere Einschränkungen unbedingt notwendig sind. Bei den Reparationszahlungen ist für dieses Jahr mit einer Zufussahlung von 200 Millionen zu rechnen. Auf das Etatsjahr 1926 entfallen hiervon 7/12 = 145,8 Millionen, die allerdings erst in vier Monatsraten vom 1. November 1927 bis 1. Februar 1928 fällig werden. Da diese Ausgaben für ein Volk, das nicht nur die inneren Lasten des verlorenen Krieges tragen muß, sondern auch durch die Fortnahme seines im Ausland angelegten Vermögens und der anderen infolge des Friedensvertrages verlorenen Sachwerte und Kapitalien unendlich schwer sind, bedarf keiner Bemerkung. Auch in der Weltöffentlichkeit besteht darüber nicht der geringste Zweifel. Ebenso fest steht für alle Sachverständigen, daß die Kapitalentziehungen durch den Vertrag von Versailles die Wirtschaftskrisis außerordentlich verschärft haben. Allerdings ist seit dem Londoner Abkommen eine gewisse Erleichterung eingetreten. Wenn das deutsche Volk die außerordentlichen Anforderungen des Sachverständigenplanes mit einem großen Entschluß auf sich genommen hat, so ist das geschehen, um der nachfolgenden Generation die Möglichkeit freien Schaffens wiederzugeben. (Beifall.) Auf Grund der Schädengesehe sind insgesamt 900 Millionen ausgemworfen worden. Weitere Ausgaben auf diesem Gebiete gestattet die Finanzlage nicht. Von den fortdauernden Ausgaben beantragen die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches 670 Millionen = 18 Prozent, die Versorgungsbefürhten einschließlich der Militärenten für Kriegsschadigte 15 Millionen = 42 Prozent. Trotz aller Not müßte der Staat für kulturelle Maßnahmen eine offene

Gand haben, wie auch in Frankreichs größter Not vor mehr als 100 Jahren die Berliner Universität gegründet wurde. Die Mitglieder aller Parlamente müßten sich in der Sparsamkeit zusammenschließen.

Ich weiß, so schlicht der Minister, daß ich kein Minister des Glücks, sondern ein Minister der Not bin, aber gerade in der Not haben sich die Tugenden der deutschen Volkskraft immer besonders lebendig erwiesen. Mit verdoppelter Arbeit und angelegentlichster Sparsamkeit werden wir schließlich doch das Ziel erreichen: den neuen Aufschwung und die alte Freiheit des deutschen Volkes! (Lebh. Beifall.)

Die Staatsberatung wird darauf abgebrochen. Ohne Aussprache wird einstimmig ein vom Abg. Walraf (Dn.) empfohlener Antrag des Haushaltsausschusses angenommen, der die Reichsbeiträge für die durch Hochwasser Geschädigten von 3 auf 5 Millionen erhöht, steuerliche Erleichterungen für die Geschädigten und Maßnahmen zur Verhütung ähnlicher schwerer Hochwasserkatastrophen verlangt.

Der Gesetzentwurf über die Verlegung der Polizeibeamten beim Reichswasserbau wird in zweiter und dritter Beratung angenommen. Ein Neuentwurf zur Beschränkung der ausländischen Polizeieinfuhr und ein Antrag der Deutschen Volkspartei über die Roggenpreiserhöhung werden dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Das Haus vertagt sich.
Donnerstag 2 Uhr: Fortsetzung der ersten Lesung des Etats.
Schluß gegen 3 Uhr.

Kurzarbeiter- und Erwerbslosen-Fragen.

10. Berlin. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags stimmte am Mittwoch einem Antrag zu, der auf die bevorstehenden Verhandlungen für die Unterbringung der Kurzarbeiter verlangt, daß der Beginn der Unterbringungsarbeiten nicht nach Ledigen und Verheirateten differenziert werde. Die Kurzarbeiter-Unterbringungen sollen für den 3., 4. und 5. ausgefallenen Arbeitstag in Höhe der Vollerwerbslosen-Sätze bemessen werden. Ferner wird verlangt, daß geprüft werde, ob auch die Arbeiter solcher Betriebe, in denen Kurzarbeit nicht durch den Ausfall voller Arbeitstage durchführbar ist, durch Summierung der ausgefallenen Stunden Entschädigung wie andere Kurzarbeiter bekommen können. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung für die Hauptempfänger um 30% für Zuschlagempänger und für die Höchstgrenze um 15%, kommt in einer der nächsten Ausschusssitzungen zur Entscheidung. Der Ausschuss vertagte sich.

Reichstagsinterpellation für die deutsche Kunst.

Berlin. Im Reichstage ist nachstehende Interpellation des Abg. Dr. Schreiber (Centr.) eingegangen: Die Not der deutschen Kunst leidet zurzeit erschreckend. Der Ernst der Lage gebietet an die schwersten Zeiten der Inflation. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse ist die Abnahmehaftigkeit für Werke der bildenden Kunst im Inlande außerordentlich gesunken. Bildhauer, Graphiker, Maler, Musiker, Schriftsteller und zahlreiche Gruppen der Geistesarbeiter sind in gleicher Bedrängnis. Verfallserscheinungen des deutschen Kunstlebens bedeuten aber eine ernste Schwächung des kulturellen Standes der Nation und ihrer Weltgeltung unter den Völkern. — Sind diese Notstände der Reichsregierung bekannt? Was denkt sie zur Abwendung der Not, nachdem Preußen und Bayern ihre Hilfsbereitschaft gezeigt haben, zu tun?

Berordnung über den Handel mit Tafel-Schokolade.

11. Berlin. Im Reichstage ist eine Verordnung über den Handel mit Tafel-Schokolade eingegangen. Danach darf Tafel-Schokolade im Einzelverkehr nur in bestimmten Einheiten des Gewichtes gewerbsmäßig verkauft oder feilgehalten werden. Diese Vorschriften gilt aber nicht für die Abgabe von Stücken unter 25 Gramm. Angegeben sind Tafeln mit einem Nettogewicht von 500, 250, 100, 125, 100, 50 und 25 Gramm.

Die Kreditmaßnahmen des Reichsbank.

10. Berlin. Der Wirtschaftsausschuss des Reichstags hat sich in gemeinsamer Sitzung am Mittwoch mit der Erörterung der Kreditmaßnahmen des Reichsbank. Dabei gelangt eine Entschließung zur Annahme, in der die Ausschüsse zur Kreditpolitik der Reichsbank u. a. erklären: Die Kontingenzierungspolitik solle endgültig aufgegeben und durch die Diskont-Politik ersetzt werden, der Lombard-Zinssatz sollte wieder, wie früher, auf ein Prozent über den Bankdiskont festgelegt werden. Die Reichsbank sollte sich für Herabdrückung der hohen Spanne zwischen Bankdiskont und Debet-Zinsen der privaten Banken einsetzen. Die Reste der Devisenverordnung (Einheitskurs, Verbot des Devisen-Terminhandels gegen Reichsmark) sollten befristet werden und den Ausweisen der Reichsbank möge durch größere Spezialisierung wieder der Charakter als wichtigstes Mittel zur Konjunktur-Beurteilung gegeben werden.